

Ä1

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 20.03.2021

Initiator*innen: Alfred Mayer (KV München)

Titel: Ä1 zu A 3: Positionspapier Bebauungsplan 2147
- Paketpost-Areal

Antragstext

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

Das Positionspapier findest Du hier im Folgenden oder als layoutete PDF-Version unter [OV-NeuNy-Positionspapier in der Grünen Wolke](#).

Die Annahme dieses Antrags durch die Stadtversammlung kann nicht bedeuten, daß die Grünen eine Abkehr von der Obergrenze von 100 Metern für Hochhäuser mittragen können. Ein Ratsbegehren über einen durch einen Ratsentscheid beschlossene Regel, die noch dazu immer zweifelsfrei im Sinn der Grünen bleiben wird, könnten die Grünen nicht unterstützen.

Die Grünen nutzen im Hinblick auf den bereits bestehenden katastrophalen Überhang an Arbeitsplätzen gegenüber dem verfügbaren Wohnraum alle ihre Möglichkeiten, um eine gewerbliche Nutzung des Geländes zu verhindern.

Begründung

1. Eine Aushebelung eines Bürgerentscheids mit einem Ratsentscheid sollte sich verbieten, besonders hier verbieten, weil sich gerade bei diesem Bürgerentscheid der Einfluss der Medien, insbesondere des selbst an einer hohen Bebauung

interessierten Süddeutschen Verlags sehr deutlich und bedrückend bemerkbar gemacht hatte und der Einfluss der oft im Eigentum der Wirtschaft stehenden Medien auf einen Ratsentscheid mangels der da nicht notwendigen vorausgehenden langwierigen intensiven Bürgerbeteiligung noch wesentlich größer wäre.

Ratsentscheide können ohne großes Aufsehen schnell mal über die Bühne gebracht werden.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß eine Unterstützung ausgerechnet eines solchen Ratsentscheids das Wohlwollen der grünen Wähler gewinnen könnte. Ich kann den Ortsverband da überhaupt nicht verstehen.

Den Investoren sollte da aus lauter Verständnis auch kein Floh ins Ohr gesetzt werden.

2. Leider trägt die grüne Stadtratsfraktion immer noch die weitere Ausweisung von Gewerbeflächen und ein Bürohochhaus nach dem andern mit, wobei der Wohnungsbau auch nicht annähernd mithalten kann und die Mieten und die Spekulationsgewinne - und die Verkehrsbelastung - ins Uferlose gestiegen sind. In den letzten 10 Jahren wurde immer wieder eine Debatte in Stadtversammlungen über diese verhängnisvolle Entwicklung trickreich und fern jedes ökologischen Grundverständnisses von heutigen Akteuren verhindert.

Um weiteren irreparablen Schaden zu verhindern, sollte jetzt sogar da, wo vermutlich gewerbliches Baurecht besteht, versucht werden, auf den Bau von möglichst viel Wohnraum zu dringen, zumal den Bauherrn klar sein muss, dass angesichts des für lange Zeit weiter bestehenden Wohnungsmangels und des unausbleiblichen Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit im eigenen Land die Investition in Wohnraum gerade in dieser Taumlage vielfach rentabler ist.

In diesem Zusammenhang sei endlich einmal gesagt: Der Kreisverband München-Stadt sollte Spenden aus der Immobilienbranche abweisen und zurückzahlen - auch wenn alle anderen Parteien da keine Bedenken haben sollten. Was kann einen Baulöwen fröhlicher stimmen, als sich alle Parteien mit kleinen Summen gewogen zu halten ?